

diagonal

100 Jahre
BSPV



www.bspv.ch

Editorial



Der BSPV fordert die 5. Ferienwoche für alle.

1. Mai 2012: Personalorientierung in Bern

Die Psychiatrie soll ausgelagert werden. Die Anstalt Hindelbank soll nach Witzwil umziehen. Der Staatsforstbetrieb wird redimensioniert. Das Lehreranstellungsgesetz wird revidiert. Die Pensionskassen wollen den technischen Zinssatz senken.

Von Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV

Es gibt Zeiten, in denen viel in Bewegung ist. Manchmal fast zu viel. Die Geschäftsstelle mit ihrem kleinen Team steht vor grossen Herausforderungen. Der BSPV orientiert deshalb seine Mitglieder in einer öffentlichen Veranstaltung über anstehende Probleme. Wir treffen uns am 1. Mai 2012 zu einer Feier und Orientierung im Hotel National in Bern von 14.00 bis 16.00 Uhr. Wer aus erster Hand erfahren will, was im Personalrecht ansteht und wie die Zukunft unserer Pensionskas-

sen aussehen wird, ist herzlich willkommen. Die Personalverordnung sieht vor, dass für die Teilnahme an dieser 1. Mai-Feier des BSPV ein halber freier Tag gewährt wird.

Der Grosse Rat hat angeregt, dass die kantonale Psychiatrieversorgung mit ihren über 2000 Angestellten in eine Aktiengesellschaft überführt werden soll. Höhere unternehmerische Freiheiten stehen schlechteren Anstellungsbedingungen entgegen. Mehr dazu auf Seite 5.

5 Aktuelles Thema

Psychiatrie auslagern – nein danke!

Die Psychiatrie soll aus dem Kanton ausgelagert werden. Die Personalverbände lehnen dies ab. Eine Privatisierung hat meist einen massiven Druck auf das Personal zur Folge.

7 Interview

«Ein Lohnanstieg ist dringend nötig»

Adrian Bieri ist Generalsekretär der Finanzdirektion. Im Interview nimmt er Stellung zu aktuellen finanz- und personalpolitischen Fragen.

Hinweis

Reka-Ferienhilfe 2012

Reka ermöglicht einkommensschwachen Familien eine Woche Ferien in einer Reka-Wohnung in der Schweiz. Reka übernimmt die Mietkosten und vergütet ein Reisegeld von CHF 50.– pro Familienmitglied. Die Familie zahlt einen Solidaritätsbeitrag von CHF 100.– und kommt für die Verpflegung, Ausflüge usw. selber auf. Das jährliche Haushaltseinkommen darf bei einer Zweielternfamilie max. CHF 57 000.– und bei Alleinerziehenden max. CHF 47 000.– betragen. Interessierte BSPV-Mitglieder können sich auf der Geschäftsstelle melden (sekretariat@bspv.ch).



Dem Personal und seinen Vertretern wird in der Regel nichts geschenkt.

BSPV

Das Glas ist (noch) halbvoll

Auf die Lohnforderungen der Personalverbände gingen beim BSPV nur wenige Reaktionen der Mitglieder ein. Einige mögen bereits etwas resigniert haben. Andere fühlen sich gut vertreten. Sicher ist, der BSPV steht bezüglich Personal- und Pensionskassenfragen vor grossen Herausforderungen.

Ein Kadermann hält fest, dass es uns im Vergleich zur Privatwirtschaft immer noch gut gehe. Ein anderes Mitglied unterstützt unsere Forderungen und weist darauf hin, dass seine Freundin und seine Kollegen beim Bund und in der Privatwirtschaft mehr verdienen. Einigermassen zufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen sind beide.

Was nicht alle politischen Kreise anerkennen, ist, dass der BSPV sehr differenzierte Forderungen stellt. Unser Verband will nicht einfach mehr Geld für alle.

Gezielte Verbesserungen

Der Regierungsrat strebt zusammen mit den Personalverbänden nach einer besseren Gesamtlösung. Es braucht Verbesserungen in den folgenden Bereichen:

- Verlässlichkeit der Lohnentwicklung
- Konkurrenzfähigkeit der Anfangslöhne
- Leistungsfähigkeit der Pensionskassen
- Angemessenheit der Personalbestände
- Zeitgemässe Arbeitszeitbedingungen
- Attraktiver Ferienanspruch

Ob ein Gesamtpaket geschnürt werden kann, das von den massgebenden Entscheidungsträgern gestützt wird, ist fraglich. Vorurteile, mangelnde Information und auch dogmatische Haltungen auf allen Seiten erschweren die Suche nach zukunftsträglichen Lösungen.

Verlässliche Lohnentwicklung

Für den BSPV ist es entscheidend, dass die Lohnentwicklung in Zukunft auf verlässlichere gesetzliche Grundlagen gestellt

wird. Nullrunden beim Stufenanstieg darf es keine mehr geben. Diese schmerzen nicht bloss ein Jahr, sondern auch alle folgenden Jahre, in denen man hinterherhinkt.

Der BSPV ist bereit, differenzierte Modelle zu prüfen. Wenn aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit der Lohnanstieg in frühen Jahren höher ist als am Ende der Karriere, so ist das wohl sinnvoll. Wir warten auf die Stellungnahme des Regierungsrates auf unsere Initiative «Faire Löhne für gute Arbeit».

Korrektur von Fehlentwicklungen

Nach der Abschaffung des Erfahrungsaufstiegs entstand ein deutlicher Knick in der Lohnentwicklung. Um dieses Loch auszufüllen, müssten schätzungsweise zusätzli-

che Lohnerhöhungen von 200 Millionen Franken aufgewendet werden. Es sind nicht nur die 35- bis 45-Jährigen, die sich in diesem Loch befinden, sondern all jene, die in den letzten zehn Jahren beim Kanton Bern angestellt wurden. Also auch ein 60-Jähriger, der vor zehn Jahren begonnen hat.

Leistungsfähige Pensionskassen

Der BSPV wehrt sich gegen keine Lösungen, die die Leistungsfähigkeit der Pensionskassen mit vertretbarem Aufwand verbessern. Präsident Peter Bernasconi hat deshalb auch eine Motion eingereicht, in der er die Prüfung einer Zusammenlegung von BPK und BLVK fordert. Wenn Verwaltungskosten eingespart werden können, ist das prüfungswert.

Unter den jetzigen Voraussetzungen lehnt der BSPV einen Primatwechsel nach wie vor ab. Der Zentralvorstand hat dazu ein deutliches Wort gesprochen. Es geht aber längst nicht mehr nur um die Primatfrage. Viel wichtiger ist es, dass unsere beiden Kassen die versprochenen Leistungen auch erbringen können. Heute und in Zukunft. Die Frage der Ausfinanzierung muss geklärt werden. Die Schaffung von Schwankungsreserven ist zu prüfen. Der technische Zinssatz muss teilweise den realen langfristigen Zinserwartungen angepasst werden. Voraussichtlich vor den Sommerferien wird der Regierungsrat ei-

ne Gesetzesvorlage in die Vernehmlassung geben. Wir sind gespannt, ob eine tragfähige Lösung für alle Seiten gefunden wird. Der BSPV wird ein Wort mitsprechen.

Angemessene Personalbestände

In finanzieller Not greift jede Regierung zum Stellenstopp. Dieses Mittel macht in den wenigsten Fällen Sinn. In der Folge können Leistungen nicht mehr erbracht und somit Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger nicht erfüllt werden. Gleichzeitig steigt der Druck auf das verbleibende Personal. Dies wiederum kann zu mehr krankheitsbedingten Fehlzeiten oder Kündigungen führen. Die Verschiebung der Personalaufstockung bei der Kantonspolizei schmerzt hier besonders. Und ob der Abbau im Staatsforstbetrieb langfristig richtig war, ist ungewiss.

Nicht nur fürs Kader

Der BSPV war überrascht, dass der Regierungsrat die geplante Revision des Personalgesetzes wegen einiger kritischer Medienartikel zurückgezogen hat. Die Schaffung zusätzlicher Gehaltsklassen und die Einführung der Vertrauensarbeitszeit für die oberste Kaderstufe wird von uns befürwortet. Wenn die Regierungsratslöhne dadurch steigen, war das wohl nicht die primäre Absicht der Regierung, sondern eine mathematische Folge der bestehenden Regelungen.

Dass jetzt eine breitere Revision vorgelegt werden soll, begrüßen wir allerdings ebenfalls. Neue Kaderregelungen sind weit weniger wichtig, als breit greifende Verbesserungen. Vor allem auch im Niedriglohnbereich.

Punktuelle Verbesserungen

Der BSPV hat mit Befriedigung von der vorgesehenen Revision der Personalverordnung Kenntnis genommen. Wenn der Vaterschaftsurlaub endlich eingeführt wird und der Kanton seinem Personal einen zusätzlichen Ferientag gewährt, dann sind das anerkennenswerte punktuelle Verbesserungen. Unsere Stellungnahme zur Revision befindet sich auf unserer Website unter: Aktuell → Aktionen → Mitbericht zur Teilrevision Personalverordnung.

Aus der Beratung

Zahlreiche Verbandsmitglieder rufen auf der Geschäftsstelle an, um ihren Altersrücktritt noch vor dem Primatwechsel einleiten zu können. Dafür besteht jedoch keine so grosse Eile. Für den Primatwechsel braucht es eine Gesetzesrevision mit parlamentarischer Beratung und Referendumsmöglichkeit. Die Gesetzesvorlage wird voraussichtlich vor den Sommerferien 2012 in die Vernehmlassung gegeben. Der Grosse Rat wird sich kaum vor 2013 mit der sehr komplexen Materie beschäftigen. Eine Inkraftsetzung vor dem 1. Januar 2014 ist technisch nicht machbar.

Leserbrief

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Burkhalter

Viel war in den letzten Monaten vom wachsenden Lohnrückstand zu hören, unter dem das Staatspersonal sowie die Lehrpersonen des Kantons Bern leiden [...]. Dies kann ich bekräftigen. Ich arbeite in der Veranlagung Unternehmensbesteuerung. Mit meiner Tätigkeit bin ich eigentlich sehr zufrieden. Die Arbeit ist abwechslungsreich, spannend und füllt mich aus. Aber der Lohn? Na ja ...

Meine Arbeit bringt es mit sich, dass ich über die Einkommenssituation der Bevölkerung Bescheid weiss. Leider habe ich in den letzten Jahren feststellen müssen, dass wir mit der Privatwirtschaft eindeutig nicht mehr mithalten können. Von uns wird eine gute Aus- und Weiterbildung und dass wir unsere Zielvorgaben übertreffen, verlangt. Ein gewisser Druck und eine gesunde Portion Stress sind uns ebenfalls nicht fremd. Hier versucht man, sich mit der Privatwirtschaft zu messen. Warum also nicht auch mit einer marktgerechten Entlohnung?

Ich bin ein Gegner von überbissenen Löhnen, aber gegen eine markt- und leistungsorientierte Entlohnung für motivierte Mitarbeiter sollte ja wohl kaum etwas einzuwenden sein. Ich denke, längerfristig kann sich der Kanton gutes Personal zu schlechten Konditionen nicht leisten. Irgendeinmal folgt die Abwanderung [...].

Aus diesem Grund sind meine Arbeitskollegen und ich, Ihnen für Ihren unermüdlichen Einsatz und Ihre Vorstösse im Grosse Rat sehr dankbar! Es soll einfach auch einmal erwähnt sein, wie wertvoll Ihre Arbeit für uns ist. Danke!

Darko Cvitanovic,
Experte Unternehmensbesteuerung
Region Emmental-Oberaargau

Unabhängige Finanz- und Vorsorgeberatung mit Sonderkonditionen für BSPV-Mitglieder

Beratungsqualität vom BSPV getestet und für gut befunden!

Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung, Vermögensplanung, Zweitmeinung zu Bank- und Versicherungsofferten

**Alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand
> Sie sparen sich viel Zeit und Ärger.**

Oliver Grob
Kaufmann HKG,
Eidg. dipl. Finanzplanungsexperte



Markus Glauser
Eidg. dipl. Versicherungsexperte,
Eidg. dipl. Betriebsökonom HWV



Roland Kuonen
Eidg. dipl. Bankexperte,
Finanzplaner mit eidg. Fachausweis



Referenzen und weitere Informationen finden Sie hier:

www.glauserpartner.ch



Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern, T 031 301 45 45



Wir storen Sie!
Zum Beispiel mit:
Sonnenstoren & Sonnensegel

Schmid-Storen AG
Industriestrasse 65 CH-3052 Zollikofen
Telefon 031 911 00 12 Fax 031 911 63 52
info@schmidstoren.ch www.schmidstoren.ch

Beratung • Verkauf
• Montage • Service • Reparaturen
von Sonnen- und Wetterschutzprodukten



Bucher Baugeschäft AG

Ihr Partner für Reparaturen
Um- und Neubauten
Kernbohrungen und Betonfräsen
Sägemattstrasse 2 | 3097 Liebfeld
Telefon 031 971 29 95 | www.bucherbau.ch

NEU: Keramische Wand-
und Bodenbeläge

www.bucherbau.ch/plattenarbeiten

diagonal BSPV APER

Hotline Inserate Telefon

031 300 63 89

E-Mail:
inserterate@staempfli.com

FIRMENRABATT

Wir bieten Sportemotionen vom Meeresspiegel bis 2500 Meter über Meer und vereinen Markenkompetenz und Serviceleistungen auf hohem Niveau. Universal-Sport ist sowohl für ambitionierte Leistungs- wie auch für Freizeitsportler die beste Adresse.

Profitieren Sie jetzt von einem exklusiven Angebot und lassen Sie sich von unserem Team beraten – wir freuen uns auf Ihren Besuch!

BERN | Zeughausgasse 27
Mo, Di, Mi 09.00 – 18.30 Uhr
Do 09.00 – 21.00 Uhr
Fr 09.00 – 18.30 Uhr
Sa 09.00 – 17.00 Uhr

CHUR | City-Shop
Mo – Do 09.00 – 18.30 Uhr
Fr 09.00 – 20.00 Uhr
Sa 09.00 – 17.00 Uhr

LAUSANNE | 16, Rue Pichard
Mo, Di, Mi, Do, Fr 09.00 – 18.30 Uhr
Sa 09.00 – 18.00 Uhr

MÜNSINGEN | Bahnhofplatz 2
Mo 13.00 – 18.30 Uhr
Di – Fr 09.00 – 12.00 Uhr
13.00 – 18.30 Uhr
Sa 08.30 – 17.00 Uhr

SOLOTHURN | Hauptgasse 34
Mo, Di, Mi 09.00 – 18.30 Uhr
Do 09.00 – 21.00 Uhr
Fr 09.00 – 18.30 Uhr
Sa 08.30 – 17.00 Uhr

STEFFISBURG | Bernstrasse 134
Mo – Fr 09.00 – 18.30 Uhr
Sa 09.00 – 17.00 Uhr

TRIESEN | Austrasse 6
Mo geschlossen
Di – Fr 09.00 – 12.00 Uhr
13.00 – 18.30 Uhr
Sa 09.00 – 17.00 Uhr

ZÜRICH | ShopVile-RailCity Zürich HB
Mo, Di, Mi, Do, Fr 08.30 – 21.00 Uhr
Sa 08.30 – 20.00 Uhr
So 09.00 – 20.00 Uhr

SPORTS OUTLET FACTORY

FRIBOURG | 4, Bd. de Pérolles
Mo 13.00 – 19.00 Uhr
Di, Mi, Do 09.00 – 19.00 Uhr
Sa 09.00 – 17.00 Uhr

ZUCHWIL | Allmendweg 8 | Sulzerareal
Mo geschlossen
Di, Mi, Do, Fr 10.00 – 18.30 Uhr
Sa 09.00 – 17.00 Uhr

EXKLUSIVES ANGEBOT
FÜR MITARBEITENDE DER FIRMA
**BERNISCHER
STAATSPERSONALVERBAND
BSPV**

TAGESKARTE
22%
FIRMENRABATT

TAGESKARTE
10%
bei
Sports Outlet Factory

Werden Sie kostenlos Member und profitieren Sie von weiteren Angeboten und Aktionen! Registrieren unter www.universalsport.ch

AB SOFORT & BIS 31.5.2012

Nicht gültig auf Dienstleistungen und Geschenkgutscheine.
Nicht kumulierbar mit anderen Vergünstigungen.
Ware ab Lager, solange Vorrat.
Angebot nur gegen Vorweisen des Firmenausweises gültig



BERN | CHUR | LAUSANNE | FRIBOURG | MÜNSINGEN |
SOLOTHURN | STEFFISBURG | TRIESEN | ZUCHWIL | ZÜRICH |
www.universalsport.ch

EINER DER FÜHRENDEN 200 SPORTFACHHÄNDLER DER SCHWEIZ.



Psychiatrie auslagern – nein danke!

Die Personalverbände lehnen eine Auslagerung der psychiatrischen Kliniken aus der Kantonsverwaltung ab. Die Privatisierung bedroht die gute Versorgung von psychisch kranken Menschen und hat einen massiven Druck auf die Anstellungsbedingungen des Personals zur Folge.



Draussen vor der Tür: Die Psychiatrie soll ausgelagert werden.

Manu Friedrich

Die Psychiatrie soll aus der Kantonsverwaltung ausgelagert werden. Das hat der Grosse Rat in der Märzsession beschlossen. Leider ist er den falschen Argumenten gefolgt. Denn, aus dem vom Regierungsrat vorgelegten Bericht «Liberales Lösungen für den Kanton Bern – Der Kanton führt keine Institutionen der Psychiatrieversorgung» geht hervor, dass, eine Auslagerung der Psychiatrie dem Kanton Bern, den Patienten und dem Personal keinerlei Vorteile bringt. Dem Personal des Psychiatriebereichs stehen stattdessen nun schwierige Zeiten bevor – wenn auch noch nicht heute und morgen.

Spardruck und Lohnschere

Die Erfahrungen im privatisierten somatischen Spitalbereich zeigen, dass die Aktiengesellschaften als Trägerschaften der Regionalen Spitalzentren (RSZ) die vom Kanton erwartete Neustrukturierung des Spitalwesens nicht umsetzen konnten. Sie sind mit Umstrukturierungen über-

fordert, nicht zuletzt weil sie unter massivem Spardruck stehen. Die Lohnabschlüsse im Spitalbereich liegen regelmässig unter jenen für das Psychiatriepersonal. Marktwirtschaft führt zu höheren Spitzenlöhnen und einer Öffnung der Lohnschere. Im Inselfspital arbeiten Fachkräfte mit höheren Löhnen als sie der Regierungsrat bezieht.

Sparmassnahmen treffen Personal

In der Psychiatrie ist es schon heute schwierig, genügend qualifiziertes Personal zu finden. Vor allem im ärztlichen Bereich. Deshalb dürfen die Anstellungsbedingungen keinesfalls schlechter werden. Die Arbeitgeber im Gesundheitswesen wissen das und sind gewillt, gute Bedingungen zu bieten. Allerdings zeigt die Erfahrung im somatischen Spitalbereich, dass der ökonomische Druck im Zusammenhang mit der neuen Spitalfinanzierung (Stichwort DRG) diese Bemühungen zunichtemacht. Abgelöst vom Kanton und

dem kantonalen Personalrecht werden die Sparmassnahmen vor allem das Personal treffen, da siebzig Prozent der operativen Kosten Personalkosten sind.

Viele Fragen bleiben offen

Die Personalverbände finden es zudem bedenklich, dass die grossräthliche Kommission verschiedene Fragen nicht anspricht und sich bloss auf eine fragwürdige Liberalisierung festlegt. Zahlreiche Folgeprobleme sind nicht einmal angedacht, geschweige denn gelöst. Zum Beispiel:

- Wie soll die Deckungslücke bei der Bernischen Pensionskasse (BPK) für die ausgelagerten Mitarbeitenden gestopft werden?
- Wer finanziert bei einer Auslagerung die hohen Guthaben auf den Langzeitkonten der Psychiatrieangestellten?
- Was geschieht mit der Klinik Bellelay im Berner Jura?

Muss das PZM schliessen?

Der Grosse Rat hat sich zudem dafür ausgesprochen, dass parallel zur Privatisierung die beiden psychiatrischen Kliniken Universitäre Psychiatrische Dienste (UPD) und Psychiatrie Zentrum Münsingen (PZM) unter ein Dach gestellt werden sollen. Die Personalverbände bezweifeln, dass ein solches Fusionsprojekt im erschwerten Umfeld einer Privatisierung gelingen kann. Am Beispiel der Schwierigkeiten bei der Fusion von Inselfspital und Spital Netz Bern zeigt sich, wie anspruchsvoll solche Zusammenlegungen sind.

Es ist das Recht jeden Parlaments, beliebige Entscheide zu fällen. Jetzt gilt es, bei der Umsetzung die bestmöglichen Lösungen zu finden und durchzusetzen.

P+H

P+H PARQUET+
HOLZBAU AG BERN

Weissensteinstrasse 4
CH-3000 Bern 5
Tel: +41 (0)31 385 28 28
Fax: +41 (0)31 385 28 29
E-Mail: info@phbe.ch
Web: www.phbe.ch

DIE PROFIS FÜR FENSTER, SCHREINEREI,
ZIMMEREI UND PARKETT



Grotto Ticino
Pizzeria Cafiero
am Breitenrainplatz
3014 Bern

Saisongerecht, frisch und authentisch!

Geniessen sie unsere
Tessiner- und Italienischen Spezialitäten

Durchgehend warme Küche von 11.30 bis 22:45 Uhr

Jeden Tag geöffnet! Telefon: 031/ 331 96 77

www.grotto-ticino.ch

...mich flexibel weiterbilden!

Handelsschule
berufsbegleitend

**Eidgenössische
Fachausweise**

Technische Kaufleute
Führungsfachleute
Organisator/in
Marketing

www.teko.ch



Umzüge
Privat und Geschäft

**peyer
bern**

T: 031 996 63 63
www.peyerbern.ch

Umzüge Transporte Lagerungen

Offizielles Organ des Bernischen
Staatspersonalverbandes BSPV

diagonal

**BSPV
APEB**
www.bspv.ch



Die nächsten Termine:

Heft	Inserateschluss	erscheint am:
3	16.05.	15.06.
4	03.08.	31.08.
5	21.09.	19.10.
6	16.11.	14.12.

Inserate buchen:



031 300 63 89

inserate@staempfli.com



Muesmatt AG
Fenster und Schreinerei

Alpenstrasse 40 · 3052 Zollikofen
Telefon 031 911 80 11 · Fax 031 911 25 11
www.muesmatt.ch

Kehrli+Oeler

CH-3001 Bern
Telefon 031 388 81 11
www.kehrlioeler.ch



Privat- und Geschäftsumzüge | Lagerlogistik

FRIWASH

Die sanfte,
schonende
Autowaschstrasse
mit Textilfasern

Ey 9a, 3063 Ittigen
Tel. 031 921 76 83

Webcam unter: www.friwash.ch



«Ein genügender individueller Lohnaufstieg ist dringend nötig»

Seit 16 Jahren ist Adrian Bieri Generalsekretär der bernischen Finanzdirektion. Im Interview nimmt er Stellung zu aktuellen finanz- und personalpolitischen Fragen.

Der Regierungsrat sagt heute offen, dass das Personal mit über drei Milliarden Franken am Abbau der Kantonsschulden beigetragen hat.

Adrian Bieri: Aus der Sicht der Finanzdirektion erscheint es nach wie vor richtig, dass das Personal seinen Teil zur ersten grossen Etappe der Haushaltsanierung, welche im Jahr 1995 eingeleitet wurde, beigetragen hat. Dies, indem zuerst in den 90er-Jahren die Teuerung nur teilweise ausgeglichen wurde und nach der Einführung der neuen Lohnsysteme BEREBE und LAG ab 1997 bis heute die individuellen Löhne jährlich deutlich weniger angehoben wurden als beim Konkurrenzumfeld. Ohne diesen Beitrag hätten die nötigen Entlastungseffekte und die deutliche Senkung der Kantonsverschuldung niemals erzielt werden können.

Wie geht es weiter?

Nun ist aber seit etwa zwei, drei Jahren ein Punkt erreicht, wo es so nicht mehr weitergehen kann. Unsere breit abgestützten nationalen Lohnvergleiche und

die Umfragen beim Kantonspersonal und bei den Lehrkräften zeigen, dass ein genügender individueller jährlicher Lohnaufstieg dringend nötig ist. Denn der Arbeitgeber Kanton muss seine Stellen wie jede andere Unternehmung auf dem freien Arbeitsmarkt besetzen können, und das wird in vielen Fällen zunehmend schwierig. Die Erziehungsdirektion und die Finanzdirektion arbeiten zusammen an Lösungsansätzen, welche längerfristig auch finanzpolitisch verkraftbar wären, und werden diese noch in diesem Jahr präsentieren.

Gegen heftigen Widerstand der Personalverbände wurde damals der Erfahrungsaufstieg abgeschafft. Heute erwägt man, einen verlässlichen Gehaltsaufstieg wieder im Gesetz zu verankern.

Einen gesetzlich verankerten Anspruch darauf, dass das Gehalt eines Kantonsangestellten jedes Jahr unabhängig von Leistung und Verhalten garantiert ansteigt, erachte ich als falsch und nicht mehr zeitgemäss. Hingegen sind vom Regierungsrat und vom Parlament im Rahmen des Budgets jährlich genügend finanzielle Mittel bereit zu stellen, um für das Kantonspersonal einen auch im Vergleich zum Konkurrenzumfeld ausreichenden individuellen Gehaltsaufstieg zu ermögli-

chen. Dieser ist selbstverständlich an die tatsächlich erbrachten Leistungen zu koppeln. Genau das wird beispielsweise in der Privatwirtschaft auch gemacht. Bei den Lehrkräften ist eine ausreichende individuelle Lohnentwicklung ebenfalls zu ermöglichen. Gelingt dies in absehbarer Zeit nicht, werden wir bei der Rekrutierung von guten Polizisten, Pflegefachleuten, Lehrkräften, Strassenmeistern, Förstern, Baufachleuten und vielen anderen Funktionen – auch im Kaderbereich – grosse Probleme haben. Diese sind bereits heute deutlich spürbar. Der Kanton Bern ist als Arbeitgeber hinsichtlich Salarierung keineswegs mehr eine erste Adresse.

Die Finanzdirektion kommuniziert viel offener als früher. Weshalb erfolgte dieser Wechsel?

Neben den bekannten finanzpolitischen Problemen hat sich in den letzten zwei, drei Jahren eine weitere Grossbaustelle im Kerngeschäft der Finanzdirektion aufgetan: Beim Kantonspersonal und bei den Lehrkräften sind eine ganze Reihe von Problemen zu lösen wie etwa die insgesamt nicht mehr konkurrenzfähigen Löhne, offene Pendenzen bei der Arbeitszeit wie etwa die 5. Ferienwoche für das Kantonspersonal, die Verhinderung übermässiger Zeitguthaben oder Vorsorgefra-

«Rekrutierungsprobleme sind bereits heute deutlich spürbar.»

gen wie der Primatswechsel bei den beiden Pensionskassen BPK und BLVK; bei beiden Kassen stellt sich zudem die Frage der Sanierung der Finanzierungslücke, an der sich das Personal mit Sicherheit beteiligen müsste. Die Behebung dieser Probleme gelingt nur, wenn alle relevanten Akteure früh und systematisch einbezogen werden; Finanzdirektorin Beatrice Simon hat denn auch kurz nach ihrem Amtsantritt im Juni 2010 entschieden, in den Bereichen Finanzpolitik und Personalpolitik die Informationsleistungen nach aussen und den Dialog mit den relevanten Akteuren klar zu intensivieren.

Diesen Frühling wurde das vierzehnte Mal in Folge ein positiver Rechnungsabschluss präsentiert. Wann geht diese Reihe zu Ende?

Einerseits nehmen die Belastungen des Kantonshaushalts insbesondere in den

Bereichen Gesundheit und Soziales lauffend zu. Andererseits führen beschlossene und geforderte Steuersenkungen und tiefere Steuererträge als erwartet zu ganz erheblichen Einnahmefällen. Der kantonale Haushalt ist gerade daran, in ein strukturelles Ungleichgewicht abzugleiten. Geht diese Entwicklung weiter, sind negative Rechnungsabschlüsse und eine steigende Verschuldung die logische Folge.

Was erwartet ein Kadermann der Kantonsverwaltung vom BSPV?

Die zentrale Aufgabe des BSPV ist m.E. die, dass er die Entwicklung bei den Anstellungsbedingungen (Löhne, Arbeitszeit, Anstellungsrecht, Vorsorge) aufmerksam verfolgt und jederzeit genau im Bild ist, was läuft und wo Risiken entstehen. Seine Lagebeurteilungen und Forderungen soll der BSPV professionell und

gut nachvollziehbar im politischen Umfeld vortragen, ohne unnötige Übertreibungen. Im Dialog mit den relevanten Akteuren, namentlich mit dem Regierungsrat, sollen konstruktive Lösungen gesucht werden, welche auch im politischen Umfeld und gegenüber der Bevölkerung gut kommuniziert werden können und politisch tragfähig sind.

Interview-Partner:

Fürsprecher Adrian Bieri ist seit 1996 Generalsekretär der bernischen Finanzdirektion. Er begann seine Arbeit mit Finanzdirektor Hans Lauri, setzte diese mit Urs Gasche fort und arbeitet nun mit Beatrice Simon zusammen. Seit 2008 ist er Mitglied im BSPV, Sektion Höhere Angestellte.

Weiterbildung 2012: Seminar des BSPV zur sozialen Sicherheit

Das Thema Pensionskassen betrifft nicht nur die älteren, sondern alle Angestellten. Der BSPV bietet im Herbst wieder eines der sehr beliebten Tagesseminare zur Bernischen Pensionskasse (BPK) und zum Dreisäulenkonzept der sozialen Sicherheit an.

Wie funktioniert das Dreisäulenkonzept mit der AHV und IV, der Pensionskasse und der dritten Säule? Wie bin ich bei der Bernischen Pensionskasse (BPK) versichert?

Wie sicher ist meine Pensionskasse? Wie werden meine Gelder angelegt und mit welchen Leistungen können ich und meine Angehörigen in Zukunft rechnen?

Was geschieht mit der Pensionskasse, wenn ich mich scheiden lasse? Was muss ich tun, wenn ich meine Pensionierung plane?

Gibt es Möglichkeiten, schrittweise in Pension zu gehen? Kann ich über das Pensionsalter hinaus arbeiten? Das sind Fragen, auf die wir im Seminar eingehen werden.

Anmeldung BSPV-Pensionskassen-Seminar

Vorname: Name:

Adresse:

Mailadresse: BSPV-Sektion:

Datum: Unterschrift:

Einsenden bis spätestens am 5. August 2012 an: BSPV, Postfach 533, 3000 Bern 8 oder eine E-Mail an: sekretariat@bspv.ch

Andrea Frost-Hirschi, Juristin, Geschäftsleitungsmitglied BSPV und Vertreterin der Angestellten in der Verwaltungskommission der BPK informiert zusammen mit den Experten der BPK.

Das Ziel des ganztägigen Seminars ist, einen Überblick über das schweizerische Sozialversicherungssystem zu erhalten und die eigene Situation realistisch einschätzen zu können. Wir beantworten Fragen, zeigen Lösungsmöglichkeiten auf und weisen auf Grundlagen und wichtige Informationsquellen hin.

Ort und Kosten

Kursort: Hotel Bern, Zeughausgasse 9, Bern.

Kursgeld: Inkl. Mittagessen und Pausenverpflegungen: BSPV-Mitglieder Fr. 90.–, Nichtmitglieder Fr. 250.–, für Vorstandsmitglieder der BSPV-Sektionen gratis.

Kursleitung: Andrea Frost-Hirschi

Seminardauer und Daten

Donnerstag, 30. August 2012. Das Seminar beginnt um 9 Uhr und endet um ca. 16 Uhr. Die Zahl der Teilnehmenden ist beschränkt. Die Anmeldungen werden gemäss Eingang berücksichtigt.

Staatsforst baut 15 Stellen ab

Der Staatsforst müsse seine Flexibilität am Markt verbessern. Deshalb werde er unter anderem den Personalbestand um 15 Stellen reduzieren. Dies geht aus einem Communiqué der Volkswirtschaftsdirektion von Ende März hervor.

Zur Verbesserung der Situation des Staatsforstbetriebs wird unter anderem der Personalbestand mit eigenen Forstwarten und Waldarbeitern von heute 39 auf rund 24 Vollzeitstellen reduziert. Dies, bis Ende Oktober 2013. Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher hat am 30. März die Mitarbeitenden des Staatsforstbetriebs persönlich über den Entscheid informiert.

Er sicherte dem Personal zu, dass der Kanton bei der Umsetzung der Stellenre-

duktion verantwortungsvoll, umsichtig und sozialverträglich vorgehen wird. Die betroffenen Mitarbeiter sollen von Fachpersonen des kantonalen Personalamtes und der Volkswirtschaftsdirektion eng begleitet werden. Ziel sei es, sie soweit möglich, in der Verwaltung des Kantons Bern weiter zu beschäftigen.

Der BSPV wird bei der Umsetzung der Stellenreduktion genau prüfen, ob der Kanton seine Versprechen zur Sozialverträglichkeit einhält. Verunsicherte Mit-

Hinweis

Minus 25 Stellen in 6 Jahren

Der bernische Staatsforstbetrieb ist in der heutigen Form aus der Strategischen Aufgabenüberprüfung des Regierungsrates (SAR 2003) hervorgegangen. Mit der damaligen Reorganisation wurden seit 2007 rund drei Millionen Franken pro Jahr eingespart. Der Personalbestand ging seit 2006 um insgesamt 25 Stellen zurück.

glieder können sich jederzeit auf der Geschäftsstelle melden. Wir beraten sie gerne (Tel. 031 311 11 66 oder sekretariat@bspv.ch)!

Viele Mutationen durch die Justizreform

Der Verband der GerichtsschreiberInnen wurde im Jahr 2011 durch die Justizreform etwas durchgeschüttelt. Die vielen Abgänge konnten aber durch noch mehr Neueintritte wettgemacht werden.

Am 5. März trafen sich die Mitglieder des Verbands bernischer GerichtsschreiberInnen zur diesjährigen Hauptversammlung am Obergericht in Bern. Antoinetta Martino Cornel, Leiterin Human Resources am Obergericht, hielt einen interessanten Vortrag zum Thema «Human Resource Management bei der Justiz».

Sie zeigte die strategischen Stossrichtungen des HR auf. Unter anderem soll die Arbeitgeberattraktivität der Justiz mit geeigneten Massnahmen erhöht werden. Zudem sollen bei den Mitarbeitenden die Arbeitsmarktfähigkeit und die Gesundheit gefördert und erhalten werden.

Sektionspräsidentin Simone Mühlethaler berichtete, dass der Verband 2011 durch die Justizreform viele Mutationen zu verzeichnen hatte: 15 Neueintritte bei den Aktiven und acht Neueintritte bei den Passiven sowie 18 Austritte bei den Aktiven. Insgesamt zählte der Verband per Ende Dezember 2011 33 Aktiv- und 35 Passivmitglieder – total fünf mehr als im Vorjahr. Erstmals zählt der Verband mehr Passive als Aktive.

Nach sieben Jahren im Vorstand tritt Annik Zuber zurück. Gleichzeitig wird der Vorstand um ein zusätzliches Mitglied aufgestockt. Die beiden neuen Vorstandsmitglieder heissen Muriel Blattmann und Claudia Jacober.



Der aktuelle Vorstand mit Präsidentin Simone Mühlethaler (Mitte).

Lehmann

«Kein gutes Jahr»

Am 23. März versammelten sich die Delegierten des Polizeiverbands Bern-Kanton in Sumiswald zur diesjährigen Versammlung. Im Fokus stand das Thema Gewalt gegen die Polizei.



Versammlung in Sumiswald.

Schmid

In einer Schweigeminute gedachten die anwesenden Polizistinnen und Polizisten ihrem Kollegen, der letztes Jahr im Dienst sein Leben verlor. Die zunehmende Gewaltbereitschaft gegen Polizeibeamte war eines der Hauptthemen der diesjährigen Delegiertenversammlung des Polizeiver-

bands (PVBK). Präsident Markus Meyer sprach rückblickend von «keinem guten Jahr» für die Berner Polizistinnen und Polizisten.

BSPV-Präsident Peter Bernasconi rief die Anwesenden auf, Drohungen, Beschimpfungen und körperliche Gewalt ge-

gen sie und ihre Kollegen auf keinen Fall einfach hinzunehmen. Es gelte vielmehr, geschlossen eine Null-Toleranz-Haltung zu zeigen und jeden Angriff zur Anzeige zu bringen. Remo Leibundgut, leitender Staatsanwalt Emmental-Oberaargau erläuterte, wann eine Anzeige angebracht ist und welche Punkte betroffene Polizisten beachten müssen, um erfolgreich gegen gewalttätige oder drohende Personen vorzugehen.

Geschäftsführer Matthias Burkhalter informierte die Teilnehmenden über die erfreuliche Neuigkeit, dass der Regierungsrat Mitte März grünes Licht für dreissig neue Vollzeitstellen ab dem Jahr 2014 gegeben hat. Die Polizei darf ihr Korps also wie ursprünglich geplant weiter aufstocken.

Hinweis

Termine Sektionen 2012

Hauptversammlung Gym_Bern

Am 3. Mai findet die Hauptversammlung der Sektion «Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer im Kanton Bern» (Gym_Bern) statt. Die Mitglieder treffen sich um 18.00 Uhr im Hotel Bern in Bern.

Die Sektionen melden ihre Termine der Geschäftsstelle: lehmann@bspv.ch. Alle Veranstaltungen werden auf der Website aufgeführt: www.bspv.ch/de/aktuell/veranstaltungen.html.

Der alte ist der neue Präsident

Am 22. März versammelte sich das Gemeindepersonal Zollikofen zur diesjährigen Mitgliederversammlung. Präsident Beat Merlach verlängert seine Amtszeit um ein Jahr.

An der diesjährigen Versammlung der Sektion Gemeindepersonal Zollikofen standen die Wahl des Präsidenten wie auch die Wahl des Vorstands an. Eigentlich hätte Yves Marti die Nachfolge von Präsident Beat Merlach antreten sollen. Da Marti die Gemeinde Zollikofen jedoch

verlassen wird, konnte er das Amt nicht übernehmen.

Mangels Alternativen erklärte sich Beat Merlach bereit, noch ein allerletztes Jahr als Präsident zu amten. Als neues Mitglied und Ersatz von Yves Marti wurde Doris Setz in den Vorstand gewählt. Insgesamt

verbuchte die Sektion 2011 vier Aus- und zwei Neueintritte. Damit beläuft sich der Mitgliederbestand auf 28 Aktive und 14 Pensionierte. Je zwei Mitglieder feierten im vergangenen Jahr ihre 30- respektive ihre 20-jährige Verbandsmitgliedschaft.

Aktuell setzt sich die Sektion dafür ein, dass die in der Teilrevision der kantonalen Personalverordnung vorgesehene Erhöhung des minimalen Ferienanspruchs auf 24 Tage per 1. Januar 2013 auch für das Gemeindepersonal Zollikofen gelten wird. Der Personaldienst prüft das Anliegen zurzeit.

Insel schliesst sich HTP an

Die Sektion «Inselspital» schliesst sich der Sektion «Handwerklich-technisches Personal» (HTP) an. Die HTP zählt neu über 220 Mitglieder.



Maya Burri verabschiedet Walter Hersperger.

Burkhalter

Die Sektion Handwerklich-technisches Personal (HTP) hat eine lange Tradition. Am 9. März fand bereits die 72. Hauptversammlung statt. Diesmal stand ein besonderes Traktandum an: Die Sektion Inselspital des BSPV hatte an ihrer Hauptversammlung vom 27. Februar einstimmig beschlossen, sich der HTP anzuschliessen. Die 40 aktiven und 28 pensionierten Mitgliedern stossen zu den 127 Aktiven und 27 Passiven der HTP. Neu zählt die Sektion HTP insgesamt also 222 Mitglieder und ist damit eine der grössten des BSPV.

Neuen Schwung gewinnen

Die Inselgruppe zählte in ihrer Blütezeit fast 200 Mitglieder. Sie war anerkannter Sozial- und Vertragspartner des Inselspitals für das Verwaltungspersonal. In den letzten Jahren wurde die Durchsetzung personalpolitischer Anliegen schwieriger. Und vor allem war nach Mark Hebeisen kein Insulaner mehr bereit, das Präsidium zu übernehmen.

Bei der HTP sind die Mitglieder nun aber gut aufgehoben. Diese Sektion, die bislang vor allem aus Angestellten der Fachhochschule und der Universität bestand, ist eine der aktivsten des BSPV.

Neuer Vize gewählt

HTP-Präsidentin Maya Burri führte auch dieses Jahr engagiert durch die Versammlung. BSPV-Präsident Peter Bernasconi und Geschäftsführer Matthias Burkhalter informierten über Entwicklungen im Pensionskassenbereich und in der Personalpolitik. Nach langer Amtszeit als HTP-Vizepräsident wurde Walter Hersperger verabschiedet. Sein Amt übernimmt Giorgio Insom.

Sektion Handwerklich-technisches Personal (HTP)

Maya Burri, Präsidentin

maya.burri@bfh.ch

www.bspv-htp.ch

Korrigendum

Im «diagonal» Nr. 1/12 hat sich im «Portrait» ein Fehler eingeschlichen. Nicole Stucki ist nicht die einzige Frau in der Sektion Automobil- bzw. Verkehrsexperten (neuer Name seit März 2011). Nadia Pescador ist ebenfalls Verbandsmitglied. Die Verkehrsexpertin arbeitet wie Nicole Stucki im Verkehrsprüfzentrum Bern. Damit zählt die Sektion also zwei Frauen. Wir entschuldigen uns für diesen Fehler.

Kolumne

Psychiatrie privatisieren?

Der Grosse Rat des Kantons Bern hat dem Regierungsrat den Auftrag erteilt, die psychiatrischen Kliniken aus der Kantonsverwaltung auszugliedern. Für den Spitalbereich hat der Kanton Bern diesen Schritt ja bereits vor einigen Jahren vollzogen.

Für mich als Mitglied der vorbereitenden Kommission stand das Wohl der Patientinnen und Patienten im Vordergrund. Aber nicht zu jedem Preis. Zuerst muss die Versorgungsplanung festgelegt werden, denn Strukturen sollen bloss eine Folge der Strategie sein und nicht diese bestimmen. Auch ist sorgfältig zu prüfen, ob Aktiengesellschaften die geeignete Organisationsform für die Institutionen der Psychiatrie sind. Lehre, Forschung, Ausbildung und der Vollzug von Zwangsmassnahmen müssen auf hohem Niveau sichergestellt sein.

Und ganz sicher müssen für das betroffene Personal tragbare Lösungen gefunden werden. Eine Verselbstständigung der Psychiatrie soll keine Sparübung sein, sondern den Handlungsspielraum für eine optimale Patientenversorgung erhöhen.



Von Andrea Lüthi

Geschäftsleiterin Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz BKSE
SP-Grossrätin, BSPV Mitglied

Die Meinung des Autors muss sich nicht mit jener des BSPV decken.

Kein Teuerungsausgleich auf Renten

Mit 46 zu 71 Stimmen hat der Grosse Rat in der Januarsession das Postulat «Teuerungsausgleich auf den Renten des Kantonspersonals» der drei BSPV-Grossräte abgelehnt. Dieses forderte, die gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, dass ein freiwilliger ganzer oder teilweiser Teuerungsausgleich auf den Renten des pensionierten Kantonspersonals gewährt werden kann.

FDP-Motion erhält erneut eine Abfuhr

Die erpresserische FDP-Motion «Berechenbare Lohnbedingungen für das Personal» hatte keine Chance. Nach dem Regierungsrat lehnte im März auch der Grosse Rat den Vorstoss ab. Beide Gremien hielten die Forderungen für personalpolitisch nicht vertretbar. Die Motion forderte, auf lohnpolitische Massnahmen zu verzichten (mit Ausnahme eines möglichen Teuerungsausgleichs), bis ein Sanierungskonzept der kantonalen Vorgesorgeeinrichtungen beschlossen und der Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat vollzogen ist.



Rentner gehen leer aus.

Senkt die BPK den technischen Zinssatz?

Die Verwaltungskommission der Bernischen Pensionskasse (BPK) hat Massnahmen zur Stabilisierung der finanziellen Lage eingeleitet. Unter anderem wird der technische Zinssatz per 31. Dezember 2012 von 3,5 auf 2,5 Prozent gesenkt. Der Deckungsgrad wird in der Folge um zirka elf Prozentpunkte absinken. Des Weiteren sollen die ordentlichen Beiträge ab 1. Januar 2013 voraussichtlich um drei Prozentpunkte erhöht werden – aufgeteilt nach dem bisherigen Schlüssel: Versicherte +1,3, Arbeitgeber +1,7 Prozent.

Ständige Überstunden machen depressiv

Ständige Überstunden erhöhen das Risiko für eine schwere Depression. Dies ergab eine Langzeitstudie mit mehr als 2000 Angestellten britischer Behörden. Bei Menschen mit drei bis vier Überstunden täglich war die Wahrscheinlichkeit für eine schwere Depression doppelt so hoch wie bei Angestellten ohne Mehrarbeit. Die Studienteilnehmer wurden zwischen 3,8 und 7,2 Jahre begleitet, befragt und untersucht.



Höhere Pensionskassenbeiträge ab 2013?

Berner Stadtrat will Primatwechsel

Der Berner Stadtrat hat Anfang März den Gemeinderat beauftragt, bis Ende März 2016 eine Vorlage für einen Wechsel bei der städtischen Pensionskasse vom Leistungs- zum Beitragsprimat vorzulegen. Grund sei die wachsende Finanzierungslücke. Für die Gegner sind hingegen die Kosten eines Primatwechsels kaum bezahlbar, da Besitzstände ausbezahlt werden müssen. Zudem befürchten die Personalvertreter, dass die Angestellten die Verschlechterung ihrer Pensionskasse auch noch selber finanzieren müssen.

Aktivferien: 50 Franken Rabatt

BSPV-Mitglieder erhalten noch bis Ende Oktober fünfzig Franken Rabatt auf Aktivferien bei Bikeholiday.ch im Club-Hotel Giverola, Costa Brava, Spanien (Ferienverein). Bei der Buchung einfach den Code «BSPV» eingeben. Der BSPV-Rabatt ist mit dem Frühbucherrabatt kumulierbar, jedoch nicht mit weiteren Vergünstigungen.

www.bikeholiday.ch



Mitglieder profitieren von Rabatten.

Impressum

diagonal

**BSPV
APEB**

Offizielles Organ des Bernischen
Staatspersonalverbandes BSPV

Organe officiel de l'Association du
personnel de l'Etat de Berne APEB

www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch

Redaktion

Anna C. Lehmann Löffel
Matthias Burkhalter
Redaktionsadresse:
Postgasse 60, Pf 533
3000 Bern 8
Tel. 031 311 11 66
Fax 031 311 11 18

Übersetzung französisch

T. Wenger, Ch. Theumann-Monnier

Inseratenverwaltung

Stämpfli Publikationen AG
Wölflistrasse 1
Postfach 8326
3001 Bern
inserate@staempfli.com

Satz, Druck und Spedition

Stämpfli Publikationen AG
Postfach 8326
3001 Bern

La section « Hôpital de l'Isle » se rallie à la HTP

La section « Hôpital de l'Isle » se rallie à la section HTP (Personnel technique et de maintenance). La HTP compte désormais plus de 220 membres.



Walter Hersperger s'est retiré en tant que vice-président. Manu Friedrich

La section « Personnel technique et de maintenance » a une longue tradition. Le 9 mars, a eu lieu la 72^e assemblée générale. A cette occasion, un thème particulier a été inscrit à l'ordre du jour : la section « Hôpital de l'Isle » avait, lors de son assemblée générale du 27 février, décidé à l'unanimité de s'affilier à la HTP. Les 40 membres actifs et les 28 membres retraités se sont joints aux 127 membres actifs et aux 27 membres retraités de la HTP. Désormais, la section HTP se compose donc au total de 222 membres et constitue ainsi l'un des sections de l'APEB réunissant l'un des plus grands effectifs.

Donner un nouvel élan

Le groupe Hôpital de l'Isle comptait dans ses meilleures années quasiment 200 membres. Il constituait un partenaire social et contractuel de l'Hôpital de l'Isle reconnu pour le personnel administratif. Ces dernières années, il était devenu plus difficile de représenter les intérêts du personnel. Et surtout, plus personne n'était disposé à succéder à Mark Hebeisen à la

présidence. En ce qui concerne la HTP en revanche, les membres sont en de bonnes mains. Cette section, qui était auparavant essentiellement composée d'employés de la Haute école spécialisée et de l'Université est l'une des plus actives de l'APEB.

Election d'un nouveau vice-président

La présidente de la HTP, Maya Burri, a, une fois de plus cette année, dirigé l'assemblée avec beaucoup d'engagement. Le président de l'APEB, Peter Bernasconi, et Matthias Burkhalter, administrateur, ont donné un aperçu des récents développements intervenus dans le domaine des caisses de pension. Après avoir occupé le poste de vice-président de longues années durant, Walter Hersperger a quitté officiellement cette fonction. Son successeur a été désigné en la personne Giorgio Insom.

Section Personnel technique et de maintenance

Maya Burri, présidente
maya.burri@bfh.ch
www.bspv-htp.ch

Rectification

Dans le numéro 1/12 de « diagonal », une erreur s'est glissée dans l'article « Portrait ». Nicole Stucki n'est pas la seule femme dans la section Experts en automobiles. Nadia Pescador est également membre de l'association. Elle travaille, comme Nicole Stucki, comme experte au Centre des expertises à Berne. La section compte ainsi deux femmes parmi ses membres. Nous vous prions de nous excuser de cette erreur.

Colonne

Un transfert de la psychiatrie – Non merci !

La psychiatrie devrait être transférée hors de l'administration cantonale. C'est ce qu'a décidé le Grand Conseil au cours de la session de mars. Malheureusement, les arguments invoqués sont faux. Car le transfert de la psychiatrie hors de l'administration bernoise ou sa privatisation ne présenterait aucun avantage, et pour les patients et pour le personnel. Dans le domaine de la psychiatrie, il est actuellement déjà difficile de trouver suffisamment de personnel qualifié. C'est pourquoi, les conditions de travail ne devraient en aucun cas être plus mauvaises encore. Toutefois, l'expérience faite par les hôpitaux du secteur privé dans le domaine du traitement des maladies psychosomatiques montre que les impératifs financiers qui se présentent dans le cadre du nouveau système de financement des hôpitaux ont exactement cet effet. Une fois la séparation opérée, les mesures d'économies affecteront en premier lieu le personnel.

Le Grand Conseil s'est en outre prononcé, parallèlement au transfert, en faveur d'un regroupement des deux cliniques psychiatriques UPD et Münsingen. Les associations de personnel doutent qu'un tel projet de fusion puisse réussir dans le contexte difficile d'une « externalisation ».

Andrea Lüthi,
Membre du Grand Conseil.



Pour le personnel, le verre n'est donc qu'à moitié plein.

archives

Le verre est encore à moitié plein

Les revendications salariales des associations de personnel n'ont provoqué que peu de réactions parmi les membres de l'APEB. Il est possible que certains d'entre eux se soient quelque peu résignés. D'autres au contraire ont le sentiment que leurs intérêts sont bien défendus. Il est certain que l'APEB se trouve face à de gros défis.

Un cadre constate que, par rapport au secteur privé, nous sommes dans une situation relativement satisfaisante. Un autre membre approuve nos revendications et relève le fait que son amie et ses collègues qui travaillent à la Confédération et dans le secteur privé sont mieux rémunérés. Ces deux membres sont, dans une certaine mesure, satisfaits de leurs conditions de travail.

Ce que tous les milieux politiques admettent, c'est que l'APEB pose des exigences très différenciées. L'objectif n'est pas simplement un meilleur salaire pour tous.

Améliorations visées

Le Conseil-exécutif entend parvenir, à l'instar des associations de personnel, à une amélioration globale des conditions de travail. Ces améliorations doivent se réaliser dans les domaines suivants :

- Fiabilité de la progression salariale
- Compétitivité des salaires initiaux
- De bonnes prestations des caisses de pension
- Adaptation des effectifs de personnel
- Conditions en ce qui concerne le temps de travail
- Droit aux vacances

On peut douter qu'un train de mesures

puisse être adopté avec l'approbation de tous les principaux décideurs. Les préjugés, le manque d'informations et les positions dogmatiques rigides de tout genre empêchent souvent la recherche de solutions satisfaisantes, tournées vers l'avenir. Des bases sûres pour l'évolution des salaires

De l'avis de l'APEB, il est déterminant que l'évolution des salaires puisse, à l'avenir, reposer sur des bases légales sûres. Il ne devait plus y avoir de décisions prises aux dépens du personnel en ce qui concerne les augmentations d'échelons de traitement. Celles-ci affectent le person-

nel non seulement pour l'année concernée mais également pour les années suivantes pendant lesquelles la progression salariale est ralentie.

L'APEB se déclare prête à examiner divers modèles. Il est justifié que, pour des raisons de compétitivité, les augmentations de traitement soient plus élevées en début de carrière qu'en fin de carrière. Nous attendons la prise de position du Conseil-exécutif sur notre initiative « des salaires équitables pour un bon travail ».

Une évolution aberrante qui doit être corrigée

Suite à la suppression de la composante expérience du traitement, la progression salariale a été considérablement ralentie. Pour combler cette lacune, il faudrait, selon les estimations, débloquer des fonds supplémentaires à hauteur de 200 millions de francs. Ce manque à gagner n'affecte pas seulement les collaborateurs de 35 à 45 ans, mais également les employés

engagés par le canton ces dix dernières années, donc aussi un sexagénaire entré en fonction il y a dix ans.

Des caisses de pension dotées d'une solide assise financière

L'APEB se bat contre toute solution qui n'améliore pas la capacité financière des caisses de pension moyennant des dépenses raisonnables. Le président Peter Bernasconi a par conséquent déposé une motion exigeant l'examen d'une fusion éventuelle entre la CPB et la CACEB. Si des coûts administratifs peuvent être épargnés, cette option mérite un examen plus attentif.

Parmi les exigences actuelles, l'APEB continue de rejeter le changement de système de primauté. Le comité central s'est prononcé à ce sujet de manière claire. Cependant, la question de la primauté du système n'est, depuis quelque temps déjà, plus mise au premier rang. Il est bien plus important, au contraire, que nos deux

caisses soient en mesure de verser effectivement les prestations promises. Aujourd'hui et dans le futur également. La question du financement doit être clarifiée. Il s'agit d'examiner la création éventuelle de réserves en prévision des fluctuations. Le taux d'intérêt technique doit bien entendu être adapté aux taux réels répartis sur le long terme. Le Conseil-exécutif mettra en consultation un projet de loi, et ce, probablement avant les vacances d'été. Nous attendons de voir, non sans une certaine impatience, si une solution satisfaisante pour tous pourra être trouvée. L'APEB tentera de faire valoir son point de vue.

Les cadres ne sont pas les seuls concernés

L'APEB a été surpris que le Conseil-exécutif ait renoncé à la révision prévue de la loi sur le personnel en raison de quelques articles critiques parus dans la presse. La création de classes de traitement supplémentaires et l'introduction du temps de travail basé sur la confiance à l'échelon le plus élevé répond à nos souhaits. S'il en résulte que les salaires des conseillers d'Etat doivent augmenter, ce n'était certainement pas l'intention initiale du gouvernement mais une conséquence logique des réglementations actuelles.

Toutefois, nous souhaitons également qu'un projet de révision élargie puisse être présenté actuellement. Une nouvelle réglementation concernant les cadres est bien moins importante que des améliorations plus fondamentales, notamment pour les classes de traitement inférieures.

Améliorations ponctuelles

L'APEB a pris connaissance avec satisfaction de la révision prévue de l'ordonnance sur le personnel. Si le congé-paternité est enfin introduit et si le canton accorde à son personnel un jour de vacances supplémentaire, ces améliorations ponctuelles sont dignes d'être reconnues. L'APEB se verra obligée, ces prochaines années, de s'occuper tout particulièrement des problèmes liés aux caisses de pension et des questions relatives au personnel. Le centenaire que nous fêtons cette année sera avant tout placé sous le signe de l'avenir.

Lettre d'un lecteur

Mesdames, Messieurs,

On a beaucoup entendu parler, ces derniers mois, des pertes accumulées de salaire, dont patissent entre autres, les employés cantonaux et les membres du corps enseignant bernois. ce que je peux moi-même confirmer [...]. A vrai dire, je suis très satisfait de mon activité au sein du canton. Le travail est très varié et captivant. Mais le salaire ? Eh bien ...

Mon travail m'amène tout naturellement à connaître la situation en matière de revenu de la population. Malheureusement, j'ai dû constater ces dernières années que nous ne sommes plus concurrentiels à cet égard par rapport au secteur privé. On exige de nous que nous dépassions les objectifs fixés. Il en résulte pour nous que nous devons subir une certaine pression de la part de notre employeur, de même qu'une dose de stress, même si elle est supportable. Sur ce point, on tente de se mesurer avec l'économie privée. Pourquoi donc pas au niveau des conditions de salaire en usage sur le marché ?

Je suis opposé aux salaires disproportionnés, mais il n'y aurait guère à objecter au fait qu'une rémunération soit conforme aux conditions usuelles sur le marché et basée sur les prestations pour les collaborateurs motivés. Je pense qu'à plus long terme le canton ne pourra plus engager du personnel compétent pour des mauvaises conditions salariales défavorables.

C'est pour cette raison que mes collègues de travail et moi-même, nous vous sommes très reconnaissants pour vos efforts incessants, pour tout votre engagement et vos interventions dans ce sens au sein du Grand Conseil !

Darko Cvitanovic, Expert en imposition des entreprises, région Emmental-Haute-Argovie

diagonal

100 ans
APEB

www.apeb.ch



13 Portrait

Deux sections se réunissent

La section « Hôpital de l'Isle » se rallie à la section du Personnel technique et de maintenance. Avec 222 membres la nouvelle section est une des plus fortes dans le cadre de l'APEB.

14 Sujet politique actuel

Améliorations incertaines

Les années 2013 et 2014 sont décisives pour les conditions de travail et pour la fiabilité de la progression salariale. En plus les bonnes prestations des caisses de pension sont soumises à plusieurs épreuves de vérité.

Rappel

Fête du 1^{er} mai et information au personnel

Dans le cadre de la fête du 1^{er} mai à Berne, l'APEB organise à 14 h 00 dans l'Hôtel National à Berne une séance d'information pour ses membres et les personnes intéressées. Des membres du Comité directeur et du secrétariat ainsi que les représentants de l'APEB au Grand Conseil vous parleront des caisses de pensions, des conditions de travail et du droit aux vacances. Selon l'article 151 de l'Ordonnance sur le personnel, les agentes et les agents qui participent à la fête du 1^{er} mai ont droit à une demi-journée de congé.

Editorial



Cinq semaines de vacances pour tous!

Burkhalter

1^{er} mai 2012: réunion d'information destinée au personnel à Berne

La psychiatrie doit être transférée. L'établissement de Hindelbank doit être déplacé à Witzwil. L'exploitation forestière cantonale est en train d'être réorganisée. La loi sur l'engagement des enseignants est révisée.

Par Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB

Il y a des périodes où tout est en mouvement. Parfois presque exagérément. Le secrétariat avec son effectif restreint est placé face à de gros défis. L'APEB informera ses membres lors d'une réunion publique consacrée aux problèmes actuels. Nous nous réunirons le 1^{er} mai 2012 à l'occasion d'une fête et d'une séance d'information à l'Hotel National à Berne, qui aura lieu de 14 h 00 à 16 h 00. Ceux et celles qui veulent avoir de plus amples renseignements sur le droit actuel régissant le personnel et sur l'avenir des caisses de pen-

sion ne regretteront pas d'être venus. L'ordonnance sur le personnel prévoit que pour la participation à cette manifestation du 1^{er} mai de l'APEB i sera accordé un demi-jour férié.

Le Grand Conseil a proposé que les services psychiatriques, qui occupent un effectif de plus de 2000 employés, soient transférés dans une société anonyme. Les plus grandes libertés dont jouissent les entreprises ont souvent leur pendant: des conditions salariales plus défavorables. Pour plus de détails voir page 13.